

Editorial

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Damit Sie nicht nur offizielle Schreiben von uns erhalten, möchten wir Sie zusätzlich zu dem gemeinsamen Mitteilungsblatt der Psychotherapeutenkammern (PTJ), das Ihnen viermal im Jahr zugeschickt wird, direkt über die Vorgänge und Fortschritte in der Kammer informieren.

Die ersten Monate nach der Wahl des derzeitigen Kammervorstandes waren/sind geprägt von ganz handfesten Erfordernissen – so erfolgte die Anmietung der Geschäftsstelle in Leipzig. Der Mietvertrag musste verhandelt, die Einrichtung und die Hardwareausstattung bestellt werden. Parallel dazu begann die Suche nach Personal, insbesondere für die Stelle der Geschäftsführung. Mit mehreren Bewerbern führte der Vorstand ausführliche Gespräche. Wir freuen uns, dass Dipl.-Sozialwissenschaftler Carsten Jacknau zum 1.10.2007 die Stelle des Geschäftsführers antreten wird. Schon jetzt ist er in die laufenden Geschäfte einbezogen.

Parallel dazu führt der Vorstand mit der tatkräftigen Unterstützung der kommissarischen Geschäftsstelle in Weissenfels die laufenden Geschäfte, die wesentlich umfangreicher sind, als anfänglich vorstellbar.

Ein Schwerpunkt der gegenwärtigen Arbeit wie auch noch in der ganzen nächsten Zeit wird vorrangig die Zertifizierung und Bestätigung der Fortbildungen sein. Auf der neu gestalteten Homepage finden Sie die Antragsformulare zum Herunterladen. Wir arbeiten daran, die Zertifizierung online erledigen zu können. Als weiterführendes Projekt ist die Einführung eines Barcode-Systems geplant und eventuell auch eine Verbindung von Fortbildungskonto und dem künftigen Heilberufeausweis, der von der Kammer voraussichtlich Ende 2008/Anfang 2009 an alle Mitglieder ausgegeben werden soll.

Derzeit wird gemeinsam von Bundesärztekammer, Bundeszahnärztekammer und Bundespsychotherapeutenkammer der Heilberufeausweis (neudeutsch Health Professional Card – HPC) entwickelt, der mit dem Gesundheitsausweis zusam-



Die neue Geschäftsstelle der OPK in Leipzig befindet sich in der 1. Etage der Karl-Rothe-Str. 4

men erst den Zugang zu Behandlungsdaten der Patienten ermöglichen wird. Einige von Ihnen werden vielleicht etwas von der Diskussion gehört haben, ob Psychotherapeuten auch uneingeschränkter Zugang brauchen oder nicht – diese Frage ist durch den Einsatz der BPTK für uns positiv entschieden worden. Damit ist der Heilberufeausweis, der den Status eines amtlichen Ausweises hat, ein recht prestigeträchtiges Werkzeug.

Weiterhin hat der OPK-Vorstand Gespräche mit den Ärztekammern der fünf Bundesländer aufgenommen, um den gesetzlich vorgesehenen gemeinsamen Beirat der OPK mit den Ärztekammern zu konstituieren. Dieses Gremium wird eine Verbindungsfunktion zwischen den psychotherapeutisch tätigen Heilberufen darstellen.

Die Bearbeitung und Entscheidung über eintreffende Beschwerden hat sich als dringlich und komplex erwiesen. Hier sind Vorstand und Schlichtungsausschuss dabei, ein umfassendes Beschwerdemanagement zu entwickeln, um sicherzustellen, dass einerseits Beschwerden von Patienten ernst genommen werden und andererseits Kollegen nicht ungerechtfertigt mit berufsrechtlichen Vorwürfen überzogen werden. In diesem Zusammen-

hang wird bei der nächsten Kammerversammlung auch die Berufsordnung der OPK beschlossen, die die Berufspflichten in Ergänzung zu den bereits bestehenden gesetzlichen Regelungen explizieren wird. Im Anschluss daran sollen im kommenden Jahr Informations- und Fortbildungsveranstaltungen der OPK zu dem Thema Berufsrecht und Berufspflichten in den Ländern angeboten werden.

Am 23.–24. November 2007 findet die 2. Kammerversammlung der OPK in Leipzig statt. Kammerversammlungen sind für alle Mitglieder frei zugänglich. Auf der Tagesordnung wird unter anderem die Beratung zur Errichtung eines Versorgungswerks stehen. Dafür hat der Vorstand Informationsgespräche mit bestehenden psychotherapeutischen Versorgungswerken geführt und eine fachliche Expertise eingeholt, um dies der Kammerversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

Am 23. November 2007 findet abends ein kleiner Empfang statt, zu dem Sie alle herzlich eingeladen sind.

Ich verbleibe mit den besten kollegialen Grüßen
Für den Vorstand
Andrea Mrazek

Kammerversammlung

Die Kammerversammlung ist das oberste Beschlussgremium der OPK. Sie setzt sich zusammen aus 35 Mitgliedern, je sieben für jedes Bundesland, die für einen Zeitraum von vier Jahren gewählt werden (Wahlordnung der OPK).

Bei der ersten Kammerwahl im Januar 2007 wurden die folgenden Kolleginnen und Kollegen gewählt:

Aus Mecklenburg-Vorpommern:

Dipl.-Psych. Martina Bahnsen, Dr. Helga Bernt, Dr. Jürgen Friedrich, Professor Dr. Hans-Joachim Hannich, Dr. Martina Hartmann, Dipl.-Psych. Ragna Richter (alle PP) sowie Dipl.-Päd. Johannes Weisang (KJP).

Aus Brandenburg:

Die PP Dipl.-Psych. Friedemann Belz, Dr. Claudia Busse-Engelhardt, Dr. Klemens Färber, Dipl.-Psych. Jürgen Golombek, Dipl.-Psych. Kerstin Reisner, Dipl.-Psych. Dietmar Schröder, und Dipl.-Soz.-Päd. Anna Fallis (KJP).

Aus Sachsen-Anhalt:

Die PP Dipl.-Psych. Beate Caspar, Dr. Stefan Dauer, Dipl.-Psych. Jens Kühn, Dipl.-Psych. Johannes Pabel, Dr. Wolfram Rosendahl, Dr. Barbara Zimmermann und KJP Dr. Wolfgang Pilz.

Aus Thüringen:

Die PP Dr. Heidi Krüger, Dipl.-Psych. Silke Langen, Dr. Hans-Joachim Meisel, Dr. Gregor Peikert, Dipl.-Psych. Christiane Rottmayer, Dipl.-Psych. Volker Schmidt und KJP Dipl.-Soz.-Päd. Michael Stein.

Aus Sachsen:

PP's Dipl.-Psych. Angela Gröber, Dr. Thomas Guthke, Prof. Dr. Jürgen Hoyer, M.A.M.S. Andrea Mrazek, Dr. Jörg Schumacher, Dipl.-Psych. Margitta Wonneberger sowie KJP Frank Massow.

Der Vorstand der OPK

Die Kammerversammlung hat auf ihrer ersten, konstituierenden Sitzung den Vorstand gewählt, ebenfalls für eine Amtszeit von vier Jahren.



M.A., M.S.
Andrea Mrazek,
Präsidentin

Dipl.-Psych., geb. 1958, verheiratet.
Psychologische Psychotherapeutin und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin
Studium der Philosophie und Psychologie in Wien, Tübingen und den USA.
Niedergelassen in Radebeul (Sachsen)
Verhaltenstherapeutin, Traumatherapie, CBASP
Klinische Schwerpunkte: Persönlichkeitsstörungen, interpersonelle Therapie, chronische Depressionen
Lehrtherapeutin und Ambulanzleiterin in einem Ausbildungsinstitut (Zentrum für Psychotherapie, Chemnitz)
1995-2007 Landesvorsitzende Sachsen der Deutschen Psychotherapeutenvereinigung
Mitglied der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen
Strukturbeauftragte für die fünf Ostbundesländer in der Aufbauphase der Bundespsychotherapeutenkammer bis 2006
Vorstandsmitglied der Bundespsychotherapeutenkammer



Dr.
Wolfram
Rosendahl,
Vizepräsident

Berufliche Entwicklung

1982 Abschluss des Studiums in Berlin.
1982 bis 1987 Tätigkeit an der Uniklinik für Psychosomatik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Schwerpunkt Stationäre Gruppenpsychotherapie.
1986 Promotion auf dem Gebiet der Neuropsychologie.
1987 bis 1993 Tätig in der Kinder- und Jugendpsychotherapie der Uniklinik für Psychiatrie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
1993 bis 2003 Institut für Medizinische Psychologie, seit 1995 als Leitender Psychologe, u.a. Leiter des Arbeitskreises Haut und Psyche in der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Psychologie. Neben der Lehre klinische Tätigkeit im medizinspsychologischen Konsiliardienst.
Seit 2003 in eigener Praxis.

Berufs- und fachpolitische Aktivitäten

Seit 1993 Vertreter der Gesellschaft für Psychotherapie, Psychosomatik und Medizinische Psychologie GPPMP (berufs- und

methodenübergreifender Dachverband für Psychotherapie) in der Arbeitsgemeinschaft Psychologischer Psychotherapeuten AGPP Sachsen-Anhalt.

Von 1997 bis 2001 Zweiter Vorsitzender der GPPMP.

Seit 2001 in der Kammer-Errichtungsgruppe der AGPP Sachsen-Anhalt, 2003 Berufung durch das Gesundheitsministerium Sachsen-Anhalt.

Von 1993 bis 2001 Vertreter der Deutschen Gesellschaft für Analytische Psychotherapie (DGAPT) zunächst im Gesprächskreis, später der Arbeitsgemeinschaft der Richtlinienverbände (AGR) mit dem Ziel der Verabschiedung des Psychotherapeutengesetzes.

2001 Bestellung als Mitglied des Berufungsausschusses der KV Sachsen-Anhalt.

Seit 1999 Vorsitzender der Mitteldeutschen Gesellschaft für Katathymes Bilderleben MGKB. 1997 Berufung zum Lehranaltiker am Mitteldeutschen Institut für Psychoanalyse Halle. Geschäftsführer des MIP seit 2002.

Kammertätigkeit

Vizepräsident der OPK

Vertreter der OPK im Länderrat der Bundespsychotherapeutenkammer

Aufgabenbereich im Vorstand: Finanzen und Aufbau der Geschäftsstelle



Dr.
Helga Bernt

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Beisitzerin in unserem Vorstand möchte ich mich Ihnen kurz vorstellen.

Ich bin Jahrgang 1953, wurde in Thüringen geboren, studierte in Jena von 1972-1976 extern Psychologie und schloss ein Forschungsstudium an der Universität Rostock mit der Promotion ab. Danach arbeitete ich bis zu meiner Niederlassung 1991 an der Universitätsnervenklinik Rostock als Fachpsychologin der Medizin in der Patientenbetreuung, Lehre und Fortbildung. Nun bin ich bereits 16 Jahre in eigener Praxis als approbierte Psychotherapeutin und Kinder- und Jugendpsychotherapeutin (VT) und außerdem als Supervisorin in sozialen Teams und in der VT-Ausbildung tätig.

In DDR-Zeiten war ich nicht politisch aktiv, doch nach der Wende begann ich mein berufspolitisches Engagement in der Überführung der ostdeutschen Gesellschaft für Psychologie in den Berufsverband Deutscher Psychologen (BDP). Hier lernte ich im Vorstand und zeitweise als Vorsitzende der Landesgruppe Mecklenburg/Vorpommern das konkrete berufspolitische Handeln kennen. Ich arbeite seit Aufnahme der Psychologischen Psychotherapeuten in die KV im Zulassungsausschuss und im beratenden Fachausschuss der KV Mecklenburg/Vorpommern.

Seit nunmehr über 6 Jahren bin ich mit an der Verkammerung der Psychologen meines Bundeslandes zu bestmöglichen Konditionen aktiv

beteiligt. Ich war Mitglied des Errichtungsausschusses der OPK und freue mich, dass wir das Novum einer länderübergreifenden Kammergründung geschafft haben.

Ich möchte nun die eigentliche Arbeit unserer gemeinsamen Selbstverwaltung mitgestalten. Im Vorstand sind meine besonderen Schwerpunkte Satzungs- und Berufsordnung und das Thema Versorgungswerk.

Ich bin mir bewusst, dass sich viele von Ihnen wenig für die Kammerbelange und die berufsrechtlichen Fragen interessieren, ja sich eher belästigt fühlen; aber wenn wir als Berufsgruppe nicht durch eigene Vertreter unsere Interessen verteidigen und gestaltend Einfluss nehmen, werden andere über unsere Belange bestimmen. Ich hasse Bürokratie, werde mich für das notwendige Minimum und für gute Transparenz der Kammerarbeit einsetzen, auch dürfen wir unsere Kräfte nicht in Rivalitäten oder Grabenkämpfen zwischen den Therapieschulen oder zwischen Länderinteressen verschleissen. Ich wünsche mir Ihr Interesse und Ihre aktive Mitarbeit bei der nun beginnenden Kammergeschichte.



Dr.
Gregor Peikert

Dipl.-Psych., Dr. phil., Jg. 1964, verheiratet, 3 Kinder, Psychologischer Psychotherapeut. Seit siebzehn Jahren arbeite ich in psychiatrischen Krankenhäusern. Meine erste Stelle nach dem Psychologiestudium in Berlin hatte ich in Arnsdorf bei Dresden, am dortigen Landeskrankenhaus. Wir Psychologen hatten damals einen „unordentlicher Beruf“, wie es einmal eine Kollegin nannte. Unsere Stellung zwischen Ärzten, Krankenschwestern und Sozialarbeitern, unsere Aufgaben und Befugnisse waren nicht festgelegt. Das bedeutete viel Freiraum, den wir kreativ nutzen konnten, aber auch Unsicherheit und immer wieder Kampf, um die eigene Position zu behaupten. Damals begann ich, mich im Berufsverband, im BDP zu engagieren, wurde 1995 Vorsitzender der Landesgruppe Sachsen. Wichtigstes berufspolitisches Ziel war damals das Psychotherapeutengesetz, das aus uns Psychotherapeuten 1999 endlich einen „ordentlichen“ Heilberuf machte.

Nach Abschluß meiner Psychotherapieausbildung am Institut für Verhaltenstherapie Brandenburg bekam ich 1996 die Chance, an die Jenaer Universitätsklinik zu wechseln. Neben der therapeutischen Arbeit mit ambulanten und stationären Patienten – ich bin jetzt leitender Psychotherapeut und zuständig für eine spezialisierte Verhaltenstherapiestation für Angst- und Zwangsstörungen – gehören Lehr- und wissenschaftliche Tätigkeit, Supervision und die Betreuung von Psychologen in praktischer Tätigkeit zu meinen Aufgaben. Ich blieb aber der Berufspolitik treu und arbeitete im Errichtungsausschuß erst für eine Thüringer

Psychotherapeutenkammer, dann für die OPK mit.

Ich hoffe, daß es uns gelingt, eine Berufsvertretung aufzubauen, die nach innen ein kollegiales Miteinander der Psychotherapeuten fördert und nach außen hin die Belange unseres Berufsstands wirksam vertritt. Im Vorstand der OPK möchte ich mich für Aufgaben einsetzen, die mir auf Grund meiner beruflichen Situation besonders naheliegen: für Aus-, Fort- und Weiterbildung und für die Belange angestellter Kolleginnen und Kollegen.



Dipl.-Psych.
Dietmar Schröder

1959 bin ich in Wittenburg (Mecklenburg) geboren. Ich bin verheiratet und habe vier Kinder. Meine Frau ist Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin und ärztliche Kinder- und Jugendpsychotherapeutin.

Von 1981 bis 1986 habe ich mein Studium (klinische Psychologie) an der Humboldt Universität zu Berlin absolviert. Die Approbation habe ich sowohl als Psychologischer Psychotherapeut als auch als Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut.

Nachdem ich mehrere Jahre in der Landesklinik Lübben und dann als Leiter einer Erziehungsberatungsstelle gearbeitet habe, bin ich seit 1997 in eigener Niederlassung in Lübben (Spreewald) tätig. Ich bin Verhaltenstherapeut, Hypnotherapeut und Suchttherapeut, wobei mein Schwerpunkt in der kognitiven Therapie liegt. Seit 1992 arbeite ich als Dozent, Lehrtherapeut und Supervisor, so dass mir insbesondere der therapeutische Nachwuchs nahe steht. In den Zulassungsausschuss des Landes Brandenburg wurde ich 1999 berufen.

Im Vorstand der OPK bin ich für die Zusammenarbeit mit den Vertretern der PiA verantwortlich, außerdem werde ich die gemeinsame Arbeit mit den Landesärztekammern für die OPK koordinieren.

Meine Hobbys sind Astronomie, Technik und von vielem etwas.



Dipl.-Päd.
Johannes Weisang

Zur Person:

Geboren wurde ich im November 1965 in der Nähe von Saarbrücken im kleinen Bundesland Saarland. Nach dem Abitur habe ich das Saarland Richtung Baden-Württemberg verlassen und viele Jahre mit dem Studium der Theologie, Philosophie und Erziehungswissenschaften

in Tübingen verbracht. Ab 1996 ließ ich mich in systemischer Familientherapie und Verhaltenstherapie ausbilden. Nach meinem Studienabschluss verließ ich Tübingen und zog nach Hamburg. Dort arbeitete ich erst bei Greenpeace, um dann in einem größeren Projekt mit dem Ziel der Umstrukturierung psychiatrischer Heime in Gelsenkirchen und im Sauerland mitzuarbeiten. In diesem Zusammenhang war ich zuständig für die Schulung der Betreuer in Wohnheimen für psychisch und geistig behinderte Menschen.

Das Jahr 1999 brachte das Psychotherapeutengesetz und in mir war der Entschluss gereift, mich auf den Bereich der Therapie von Kindern und Jugendlichen zu spezialisieren. In den folgenden Jahren durfte ich mich in ausführlichster Weise mit den zahlreichen Schwierigkeiten der neu zu etablierenden Ausbildung zum Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten herumschlagen. Erst gab es keine Ausbildungsgänge, dann größte Schwierigkeiten einen Platz zu finden, wo man das Psychiatriejahr absolvieren konnte. An eine wie auch immer geartete Entlohnung desselben war nicht im Traum zu denken. Mein Psychiatriejahr verbrachte ich schließlich beim Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg. Im Frühjahr 2003 war ich einer der ersten zehn Personen in Deutschland, welche die Approbationsprüfung zum Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten absolvierten und nicht nach den Übergangsrichtlinien des PTG approbiert worden waren. Seit Oktober 2003 bin ich in Rostock-Warnemünde in eigener Praxis niedergelassen.

Ich lebe in „eähnlicher Gemeinschaft“ mit Frau und Hund. Meine Leidenschaft gilt neben dem Beruf der Kunst und wider jegliche Verunft seit frühester Kindheit einem klassischen Männertraum: dem Sportwagen.

Im OPK-Vorstand:

Mein spezifischer Zuständigkeitsbereich betrifft alles, was mit Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie zu tun hat (wer hätte das gedacht.....). Darüber hinaus beantworte ich im Rahmen der Vorstandssprechstunde Ihre Fragen. Typische Anfragen lauten: „Was ist los mit der Kammer, warum höre ich nichts von Euch...?“, „Wo und wie kann ich mich niederlassen?“, „Wie ist die Versorgungslage in der Stadt XY?“, „Welche Chancen gibt es im Bereich der Sonderbedarfszulassung?“, „Meine Sonderbedarfszulassung ist vom Zulassungsausschuss genehmigt worden - jetzt wurde dagegen Widerspruch eingelegt - was kann ich tun beziehungsweise was kann die Kammer in diesem Fall für mich tun?“. Die Antworten darauf sind logischerweise sehr individuell.

Die Geschäftsstelle



Dipl.-Sozwiss.
Carsten Jacknau,
Geschäftsführer

Carsten Jacknau, 39 Jahre alt, übernimmt am 01. Oktober diesen Jahres die Geschäftsführung der OPK. Seine berufliche Laufbahn begann 1984 bei der IKK Niedersachsen mit der Ausbildung zum Sozialversicherungsfachangestellten. Nach bestandener Fortbildungsprüfung vor dem Sozialministerium Hannover schloss eine elfjährige Tätigkeit in verschiedenen Positionen bei der IKK an. Danach studierte er Sozialwissenschaften im Studienschwerpunkt „Politik und Verwaltung“ an der Bergischen Universität Wuppertal. Nach bestandener Diplomprüfung arbeitete er als Referent für Altenhilfe beim AWO Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Schwerpunktmäßig führte Jacknau die Vertrags- und Vergütungsverhandlungen mit den Kranken- und Pflegekassen. Es folgte eine Tätigkeit als Geschäftsführer des Diakonischen Werkes Marienberg (Erzgebirge). Hier war Jacknau verantwortlich für 185 MitarbeiterInnen in Einrichtungen der ambulanten und stationären Altenhilfe, der stationären Unterbringung von psychisch Kranken und Beratungsdiensten. Anfang 2005 übernahm Jacknau die Geschäftsführung des DEVAP (Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit und Pflege) in Berlin. Die Koordination der Verbandsarbeit nach innen und außen sowie die Vertretung des der Verbandsinteressen gegenüber Politik und Öffentlichkeit und die Mitarbeit in etlichen Gremien auf der Bundesebene gehörten hier zu seinen Hauptaufgaben. Seine vielfältigen beruflichen Erfahrungen wird er nun für die OPK und deren Mitglieder einsetzen. Der gebürtige Bramscher lebt mit Frau und Hund in Wilhelmshorst bei Potsdam.

Öffentlichkeitsarbeit der OPK

Seit Mitte April hat Brigitte Düring, Korrespondentin der Ärzte Zeitung und freiberufliche Journalistin, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der OPK als freie Mitarbeiterin übernommen. Eine Pressemitteilung über die konstituierende Kammerversammlung ist vor allem den ärztlichen Körperschaften (Ärztékammern, KV'en) zugegangen, einige vermeldeten die Gründung. Eine ausführlichere Darstellung mit Rückblick auf die Arbeit des Errichtungsausschusses erschien im Psychotherapeuten-Journal der Bundespsychotherapeutenkammer.

Inzwischen ist auch ein Presseverteiler für die einzelnen Bundesländer aufgebaut worden. Dieser ist sicher noch ergänzungsbedürftig, das bedarf jedoch



Vorstand und Ausschüsse bei ihrer Sitzung am 14.9.2007 in der Geschäftsstelle in Leipzig

auch der Initiative der OPK-Mitglieder und Vorstandsmitglieder, die diesen Verteiler überprüfen sollten. So gibt es sicher Berufsverbände, mit denen enge Kontakte bestehen. Bitte leiten Sie entsprechende Vorschläge/Anregungen und Adressen an die Geschäftsstelle oder direkt an Frau Düring, Tel. 03 41 / 3 91 70 66, E-Mail duer@freenet.de weiter.

Vor dem Hintergrund der Kinder- und Jugendgesundheitsstudie KiGGs hat der OPK-Vorstand am 1.6.2007 zum Mangel an Psychologischen Psychotherapeuten und insbesondere an Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in den neuen Bundesländern mit einer Pressemitteilung Stellung genommen. Wie wir aus Rückfragen einiger Journalisten wissen, stieß das Thema auf Interesse.

Mit dem Infodienst OPK-Aktuell soll nun versucht werden, Themen, die nicht unbedingt von bundesweitem Interesse sind, oder auch Kammerinformationen, die zwischen den Erscheinungsterminen des PTJ die Mitglieder erreichen sollen, zu transportieren.

Sie als Leser haben die Möglichkeit, auf Aktualität und Sie interessierende Inhalte Einfluss zu nehmen, indem Sie selbst Themen vorschlagen, sich in Leserbriefen äußern, oder auch auf Ereignisse und wichtige Termine in der Landes- und Berufspolitik ihres Bundeslandes hinweisen. Ergreifen Sie solche Initiativen! Nutzen Sie auch Ihre Kontakte zu Journalisten in Ihrer Region, um sie auf die Homepage der OPK und unseren Presseverteiler aufmerksam zu machen.

Organigramm OPK

Kammerversammlung

Vorstand

Geschäftsstelle:

Herr Jacknau

Ausschüsse:

Aus-, Fort- und Weiterbildung, KJP, Satzung und Geschäftsordnung/Berufsordnung und Berufsethik, Schlichtung, Finanzen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
Brigitte Düring

Beauftragungen, Gutachterwesen:
Steffen Dauer

Redaktionsbeirat PTJ:
Prof. Dr. Jürgen Hoyer

Im Rahmen der 2. Kammerversammlung am 23./24. November 2007 werden Vertreter der Medien zu einer Pressekonferenz der OPK eingeladen. Darüber hinaus werden zu inhaltlichen Diskussionen und Beschlüssen der Kammerversammlung auch Pressemitteilungen erscheinen. Als nächstes sollen die Probleme rund um die Tarifpolitik für PP und KJP ins Blickfeld gerückt werden.

Ansprechpartner für Themenvorschläge für das PTJ ist Professor Dr. Jürgen Hoyer, Sie erreichen ihn unter 03 51 / 46 33 69 86 oder unter E-Mail hoyer@psychologie.tu-dresden.de

dür

Ausschuss für Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Qualitätssicherung

Eine der Hauptaufgaben der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer ist es, geeignete Maßnahmen zur Gestaltung und Förderung der Fort- und Weiterbildung für die Kammermitglieder zu treffen und zu bescheinigen. Aus diesem Grund hat der Errichtungsausschuss der OPK schon im Jahr 2004 die Mitglieder der Fortbildungskommission berufen. Dadurch wurde es möglich, Fortbildungsveranstaltungen bereits vor der offiziellen Gründung der OPK zu zertifizieren.

Auf der konstituierenden Sitzung der Kammerversammlung vom 30.03. bis 01.04.2007 wurde der Ausschuss für Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Qualitätssicherung gebildet. Der Ausschuss mit insgesamt 8 Mitgliedern besteht aus zwei Arbeitsgruppen:

Aus-, Fort- und Weiterbildung: Herr Dr. Thomas Guthke (Vorsitzender), Frau Dr. Martina Hartmann, Frau Dipl.-Psych. Martina Bahnsen, Herr Dipl.-Psych. Jürgen Golombek, Herr Dr. Wolfgang Pilz

Qualitätssicherung: Frau Dipl.-Psych. Beate Caspar, Herr Dr. Hans-Joachim Meisel, Herr Dr. habil. Jörg Schumacher

In der Kammerversammlung wurde die Fortbildungsordnung beschlossen, wobei als ein wichtiges Signal zur Förderung von Fortbildungen und zur Entbürokratisierung die Zertifizierung von Fortbildungsveranstaltungen zukünftig kostenfrei ist. Auch können jetzt Fortbildungsveranstalter zertifiziert werden und es gibt Empfehlungen zur interaktiven strukturierten Fortbildung.

Im Zeitraum 1.4.07 bis 13.9.07 wurden 190 Anträge auf Akkreditierung von Veranstaltungen eingereicht, wovon bisher 183 bearbeitet wurden. Es konnten 134 Akkreditierungen ausgesprochen werden, 40 Anträge wurden abgelehnt und bei 9 Anträgen steht die Entscheidung noch aus. Bisher gab es keinen offiziellen Widerspruch gegen die Bescheide. Außerdem wurden 3 Veranstalter akkreditiert. Circa 270 Anfragen von Kammermitgliedern haben wir schriftlich oder telefonisch beantwortet.

Gemeinsam mit dem Vorstand sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass zukünftig die Fortbildungsveranstaltungen und das Fortbildungskonto on-line verwaltet werden. Bis zur Etablierung dieser Möglichkeiten sowie der Geschäftsstelle in Leipzig können die Anträge an den:

Fortbildungsausschuss der OPK
c/o Dr. Thomas Guthke
Tagesklinik für kognitive Neurologie
Universitätsklinikum Leipzig
Liebigstr. 22a
04103 Leipzig
E-Mail: thomas.guthke@medizin.uni-leipzig.de

gesandt werden.

Der Ausschuss hat sich außerdem u.a. mit Ausführungsbestimmungen zum Erwerb des Fortbildungszertifikats für die einzelnen Kammermitglieder beschäftigt (s. auch Information zur Fortbildungspflicht). Zukünftig strebt der Ausschuss die Einführung von Barcodes an, die in elektronischen Punktekonto von der Ge-

schäftsstelle erfasst und verwaltet werden. Es wird auch ein Antragsformular zur Einreichung der herkömmlichen Fortbildungsnachweise entwickelt. Erst mit der Etablierung der Geschäftsstelle der OPK in Leipzig werden sowohl die personellen als auch die technischen Voraussetzungen für die Bearbeitung entsprechender Unterlagen gegeben sein.

Bis dahin werden alle Kammermitglieder dringend gebeten, keine Unterlagen für den Erwerb des Fortbildungszertifikates einzureichen.

Als Beginn für die Einreichung der Fortbildungsunterlagen wird der 1.1.2008 anvisiert. Über die konkreten Modalitäten werden wir zu einem späteren Zeitpunkt informieren.

Veranstaltungen, die von anderen Landespsychotherapeutenkammern oder von Ärztekammern (wenn psychotherapie-relevant) bereits zertifiziert wurden, werden selbstverständlich durch die OPK anerkannt.

Der Ausschuss hat sich außerdem u.a. mit Kriterien für die Anerkennung als Supervisor/OPK, mit der Evaluation der Fortbildungsveranstaltungen sowie mit der Weiterbildung beschäftigt. Der nächsten Kammerversammlung im November 2007 soll die Verabschiedung einer Weiterbildungsordnung, die sich an der Musterweiterbildungsordnung der BpTK orientiert (Allgemeine Regelungen zur Weiterbildung, Weiterbildung in Klinischer Neuropsychologie), empfohlen werden. Des Weiteren haben wir mit der Diskussion begonnen, welche weiteren Weiterbildungsgänge etabliert werden sollten.

Dr. Thomas Guthke, Ausschussvorsitzender

Information zur Fortbildungspflicht

Es besteht für jedes Kammermitglied, welches eine sozialrechtliche Zulassung (KV-Zulassung) zur Erbringung von Leistungen im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung erhalten hat, eine lebenslange Verpflichtung zur Fortbildung. Diese Pflicht ist im Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) konkretisiert worden. Für alle Kollegen, die zum 1.7.2004 in eigener Niederlassung oder im Rahmen einer Ermächtigung psychotherapeutisch tätig sind, besteht die Verpflichtung, innerhalb von 5 Jahren, also bis zum 30.6.2009 insgesamt 250 Fortbildungspunkte zu erwerben und nachzuweisen. (Für Kollegen, die sich erst später niedergelassen haben, bzw. nach diesem Datum ermächtigt wurden, beginnt der 5-Jahres Zeitraum mit Datum der Zulassung durch die jeweilige KV). Die Landes-

KV'en werden das von den Psychotherapeutenkammern erteilte Fortbildungszertifikat zur Prüfung abfordern.

Am 01. April 2007 ist mit dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz auch die Fortbildungspflicht für psychologischen Psychotherapeuten und KJP's in der stationären Versorgung in Kraft getreten. Gegenwärtig gibt es noch keine Nachweispflicht. Der Gemeinsame Bundesausschuss ist beauftragt worden, ein Verfahren festzulegen, wie die Erfüllung der Fortbildungspflicht des Einzelnen nachgewiesen werden kann.

Es ist zu erwarten, dass auch für Kollegen, die in ambulanten Einrichtungen tätig sind, eine Fortbildungspflicht eingeführt wird.

Dr. Thomas Guthke, Dipl.-Psych. Beate Caspar

Finanzausschuss

Der Finanzausschuss setzt sich zusammen aus: Klemens Färber (Brandenburg), Angela Gröber (Sachsen), Silke Langen (Thüringen), Ragna Richter (Mecklenburg-Vorpommern) und Barbara Zimmermann (Sachsen-Anhalt). Er tagte bisher zweimal, am 1.6.2007 in Potsdam und am 5.7.2007 per Telefonkonferenz. Wir haben dabei über die bisherige Finanzsituation der OPK und die Entschädigungsordnung informiert und darüber beraten (zum Beispiel die Einhaltung des Haushaltsplans, die Kosten für die Gründung der Geschäftsstelle). Die nächste Finanzausschuss-Sitzung findet am 12.10.2007 in der Geschäftsstelle in Leipzig statt.

Für den Ausschuss: Ragna Richter

Aus der Arbeit des Ausschusses Berufsordnung und Berufsethik sowie des Ausschusses Satzung und Geschäftsordnung

Auf der konstituierenden Sitzung der Kammerversammlung wurden die satzungsgemäß zu bildenden Ausschüsse für Satzung und Geschäftsordnung sowie für Berufsordnung und Berufsethik gebildet und personengleich besetzt. Die folgenden Kolleginnen und Kollegen wurden in diese Ausschüsse gewählt: Friedemann Belz (Brandenburg), Dr. Jürgen Friedrich (Mecklenburg-Vorpommern), Margitta Wonneberger (Sachsen), Jens Kühn (Sachsen-Anhalt), Christiane Rottmayer (Thüringen), Anne Fallis (Vertreterin der KJP).

Gemäß Beschluss der Kammerversammlung wurde als dringlichster Arbeitsauftrag die Erarbeitung einer Berufsordnung festgelegt. Hierzu wurden in der Gründungsphase der OPK noch keine Vorarbeiten realisiert. Daher hatte sich der Ausschuss zunächst der Aufgabe zu widmen, ausgehend von der Musterberufsordnung der BPTk inhaltliche Schwerpunkte zu sammeln und zu diskutieren. Bis zur nächsten Sitzung der Kammerversammlung im November 2007 soll dieser Entwurf der Berufsord-

nung ausgearbeitet sein. Daneben ist der Entwurf einer Disziplinarordnung zu erarbeiten. Beide Projekte sind zeitnah zu realisieren, da sie bedeutsam sind für die satzungsgemäße Grundlage der Tätigkeit des Schlichtungsausschusses. Die Tätigkeit des Ausschusses konzentrierte sich zunächst auf Recherchen hinsichtlich der Musterberufsordnung der BPTk sowie der Berufsordnungen der einzelnen Länderkammern und somit auf diesbezügliche E-Mail-Kontakte. Am 14.9.2007 fand ein gemeinsames Treffen des OPK-Vorstandes mit dem Ausschuss Berufsordnung/Berufsethik und dem Schlichtungsausschuss statt, um die weitere konzeptionelle Arbeit hinsichtlich Berufsordnung, Schlichtungsarbeit und Berufsgerichtsbarkeit zu beraten und abzustimmen.

Daneben ist vom Ausschuss Satzung/Geschäftsordnung eine aktualisierte und angepasste Fassung der Geschäftsordnung zu beraten und beschlußfertig auszuarbeiten.

*Für den Ausschuss
Satzung/Berufsordnung, Jens Kühn*

Ausschuss für besondere Angelegenheiten der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten

Der Ausschuss für besondere Angelegenheiten der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten hat seine Arbeit aufgenommen, welche bisher in zwei Telefonkonferenzen (17.04.2007 / 12.06.2007) koordiniert wurde. Im Mittelpunkt der Tätigkeiten stehen Abstimmungen zu den Modalitäten zur Datenerhebung bzgl. der Versorgungsanalyse PP/KJP im OPK-Bereich. Hier hat der Ausschuss schon die Zusage der Unterstützung von Vertretern der Hochschulen. Aktuell werden Studien zum gleichen Thema, welche bereits von anderen Länderkammern vorgelegt wurden, gesichtet.

Um neben regionalen Besonderheiten auch auf Bundesebene Einfluss nehmen zu können, wurde der Kontakt zu anderen KJP-Ausschüssen hergestellt und deren inhaltliche Arbeit thematisch erfasst. Dabei zeigt sich, dass Bereiche wie Versorgungslage, Prävention, berufsrechtlicher Zugang zur Ausbildung als KJP etc.

auch bundesweit von großer Bedeutung sind. Das größte Versorgungsdefizit von Angeboten für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapien besteht jedoch weiterhin in den Neuen Bundesländern. Verwiesen werden darf auf die Pressemitteilung Nr.2/07 der OPK vom 01.06.2007

Eine weitere Aufgabe sieht der Ausschuss in der Verdeutlichung von Behandlungsbesonderheiten im Kindes- und Jugendalter. Auf der Basis und mit dem Ziel eines geeinten Berufsstandes in der Außenvertretung, soll hier der Kammerversammlung und den Kammermitgliedern ein Thesenpapier zur Situation speziell in den KJP-Praxen vorgelegt werden, um gemeinsam Positionen bei Politik und Sozialversicherungsträgern einbringen zu können.

Die nächste Telefonkonferenz fand am 18. September 2007 statt.

Für den Ausschuss Dipl.-Psych. Frank Massow

Organisatorisches · Termine · Vorankündigungen

Vorstandssprechstunden:

Mitglieder des Vorstandes sind für Ihre Fragen abwechselnd Mittwochs in der Zeit von 11 bis 13 Uhr unter der Telefon-Nr. 03 41/46 24 32-0 erreichbar:

- 19.09. Herr Weisang
- 26.09. Herr Peikert
- 10.10. Herr Schröder
- 17.10. Herr Weisang
- 24.10. Herr Rosendahl
- 07.11. Frau Mrazek
- 14.11. Frau Bernt

Geschäftsstelle:

Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer
OPK, Karl-Rothe-Str. 4, 04105 Leipzig,
T.: 03 41/46 24 32-0
F.: 03 41/46 24 31-19
E-Mail.....
Die Geschäftsstelle ist ab 1.10.2007 in der Kernarbeitszeit regelmäßig besetzt.

Termine/Veranstaltungen:

23./24.11.2007:

2. Kammerversammlung in Leipzig

Renaissance-Hotel
Großer Brockhaus 3
04103 Leipzig

Beginn 15 Uhr.

Um 13 Uhr findet eine Pressekonferenz des Vorstandes und abends ein Empfang der Kammer statt.

Wir bitten Mitglieder, die am Abendempfang teilnehmen möchten, sich in der Geschäftsstelle anzumelden. Bitte teilen Sie schriftlich (Fax, E-mail oder Telefon) bis Anfang November mit, wenn und ggf. mit wie viel Personen Sie teilnehmen möchten. Gern sind wir bei der Buchung einer Übernachtungsmöglichkeit behilflich.

An dieser Stelle können künftig auch regionale Termine bekannt gemacht werden. Für die Ankündigung von Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen wird der Vorstand noch Kriterien festlegen, damit sich kein Veranstalter benachteiligt fühlt.

Mitwirkung der OPK im Länderrat der Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK)

An der Sitzung des Länderrates am 13./14. Juli in Berlin nahmen als Vertreter der OPK Vizepräsident Dr. Wolfram Rosendahl sowie OPK-Präsidentin M.A.M.S. Andrea Mrazek als Mitglied des Vorstandes der BPtK teil. Der Vorstand der BPtK informierte in seinem Bericht die Mitglieder des Länderrates über folgende Stellungnahmen der BPtK zu Vorhaben der Bundesregierung, der Länder, der gemeinsamen Selbstverwaltung (G-BA) und der EU-Kommission, welche ihrerseits von den Länderkammern zuvor beraten wurden.

- Stellungnahme im Vorfeld der Gesundheitsministerkonferenz, die sich mit der Neuausrichtung der Krankenhausplanung und –Investitionsfinanzierung befasste mit Fokus auf Auswirkungen auf die Krankenhäuser/-abteilungen der Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik.
- Stellungnahme zu gravierenden Fehlern in der Einschätzung der Versorgungslage mit Psychotherapie im Bericht der Arbeitsgruppe Psychiatrie der Obersten Landesgesundheitsbehörden zur „Psychiatrie in Deutschland – Strukturen, Leistungen, Perspektiven“.
- Stellungnahme zum Referentenentwurf zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes mit Fokus auf die Belange psychisch kranker Menschen.
- Mitwirkung an einer Stellungnahme des Bundesverbandes der freien Berufe zum Telekommunikationsüberwachungsgesetz und Vorbereitung einer eigenen Stellungnahme der BPtK.
- Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe. Sie betrifft den Stand der Umsetzung der EU-Richtlinie in den einzelnen Bundesländern.
- Stellungnahme zum Vorschlag der European Federation of Psychologists' Associations (EFPA) für ein europäisches Diplom, mit dem Standards für Psychologen in Europa geschaffen werden sollen.

Zum Bericht des BPtK-Vorstandes schlägt der Länderrat vor, zur weiteren Diskussion der Zukunft der Krankenhäuser eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel einzurichten, in der Frage der Krankenhausplanung Aktivitäten der Länderkammern und der BPtK besser zu vernetzen. In den Berichten aus den Ländern informiert Baden-Württemberg über Initiativen von Psychiatern gegen die Unterversorgung

mit ambulanter Psychiatrie. Diese beklagten auch Fehlversorgung durch PP und KJP.

Frau Mrazek bedankt sich für Unterstützung beim Aufbau der OPK und berichtet über die Aktivitäten des neuen OPK-Vorstandes zur Herstellung der Arbeitsfähigkeit der ostdeutschen Psychotherapeutenkammer.

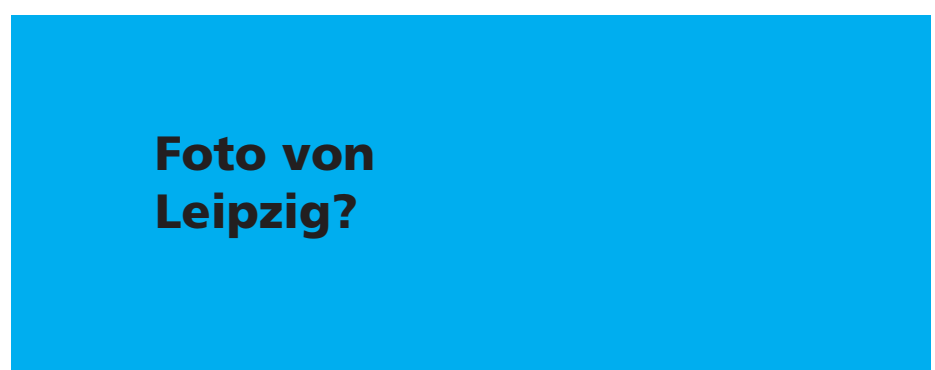
Zur rechtlichen Bewertung von Rechtsvorschriften zur Teilzulassung und Praxismachregelung wird vereinbart, dass der BPtK-Vorstand einen Mustertext für Anfragen an die Zulassungsausschüsse erarbeitet. Der Länderrat begrüßt Initiativen der BPtK für eine Kooperationsvereinbarung mit dem Deutschen Roten Kreuz und Gespräche zur Abstimmung gemeinsamer Interessen mit dem Bundesvorstand der Ärzte und Psychotherapeuten im öffentlichen Gesundheitsdienst. Zudem wird der Länderrat eine Arbeitsgruppe einrichten, die sich um ein einheitliches Bewertungsverfahren zur Abgabe von Praxissitzen bemüht. Sie stützt sich dabei auf bereits vorliegende Modelle der Kammern Hamburg und Niedersachsen.

Die OPK erklärt sich bereit, die Gastgeberschaft für den 13. Deutschen Psychotherapeutentag zu übernehmen. Dieser wird voraussichtlich im Herbst 2008 in Leipzig stattfinden.

(Wolfram Rosendahl/dür)

Internationaler Kongress zur seelischen Gesundheit von Kindern kommt 2010 nach Leipzig

Bei der Bewerbung um den Austragungsort des 12. Kongresses der „Weltgesellschaft für seelische Gesundheit im frühen Kindesalter“ (WAIMH), der erstmals im deutschsprachigen Raum stattfinden soll, konnte sich Leipzig gegen München durchsetzen. Dafür machte sich Professor Kai von Klitzing, Leiter der Leipziger Universitätsklinik und Poliklinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik, einziges deutsches Vorstandsmitglied der WAIMH, stark. Mit der Wahl einer Stadt in den neuen Bundesländern wolle die Gesellschaft ein Zeichen setzen für die seelische Gesundheit von Kindern in Gesellschaften, die sich im Übergang und Aufbruch befinden, und auch die ost-



europäischen Länder stärker einbeziehen. Unterschiedliche Lebensbedingungen in Ost und Westdeutschland sollen dabei auch einen Themenschwerpunkt bilden,

erläuterte von Klitzing. Der Termin stehe noch nicht ganz fest, der fünftägige Kongress ist für Ende Juni, Anfang August 2010 geplant.

Was sind Psychotherapeuten ihren Arbeitgebern wert?

Tarifliche Eingruppierung angestellter Psychotherapeuten in der Diskussion

Fast 40% der OPK-Mitglieder üben derzeit ihren Beruf im Angestelltenverhältnis aus, und ein großer Teil der heute Niedergelassenen war früher einmal angestellt. Die tarifliche Eingruppierung angestellter Kolleginnen und Kollegen ist eine wichtige Frage für unsere Berufsvertretung, auch wenn eine Kammer nicht die Funktion einer Gewerkschaft übernehmen kann und darf. Mit der Einordnung in ein Tarifsystem wird schließlich nicht nur das Einkommen der Einzelnen bestimmt, sondern auch der Wert, der der Tätigkeit im Vergleich mit anderen Berufsgruppen zugemessen wird. Zudem wirkt sich die Entlohnung einer Berufsgruppe auf die Entwicklung und Etablierung des Berufsstands in Institutionen wie z. B. Krankenhäusern aus.

Da Tarifsysteme wie der BAT, deren Wurzeln weit in die Zeit vor dem Psychotherapeutengesetz zurückreichen, keinen PP/KJP kennen, werden Psychotherapeuten bisher gemäß ihrem Grundberuf entlohnt, also in der Regel als Diplom-Psychologen. Aus nachvollziehbaren Gründen tut sich die Arbeitgeberseite schwer, die hohe Qualifikation finanziell anzuerkennen, die PP/KJP durch ihre zusätzliche Ausbildung erworben haben. Mit der Reform von Angestelltentarifen ist die Auseinandersetzung darum endlich in Gang gekommen.

Im öffentlichen Bereich trat zwar 2005 der TVöD für Bund und Kommunen und 2006 der TV-L für die Länder in Kraft, die Beschäftigten werden aber weiterhin nach den Vorschriften des alten BAT eingruppiert – die Qualifikation von Psychotherapeuten wird von den Arbeitgebern also wie bisher völlig ignoriert. Bis Ende 2007 (TVöD) bzw. 2009 (TV-L) sollen nun neue Eingruppierungsvorschriften erarbeitet werden. Der VPP im BDP und die Gewerkschaft ver.di fordern, Psychotherapeuten in die höchste von 15 Entgeltgruppen einzuordnen und sie damit dem Niveau von Fachärzten anzugleichen. Diplom-Psychologen ohne Psychotherapieausbildung werden voraussichtlich in Entgeltgruppe 13 fallen.

Sachlich ist die Forderung von VPP und ver.di auch aus Sicht der Psychotherapeutenkammer völlig gerechtfertigt, zumal Berufs- und Sozialrecht PP und KJP ja bereits gleichwertig mit Fachärzten behandeln. Daß der Gesetzgeber fachärztliche und psychotherapeutische Leistungen gleichrangig bewertet, ist auch in der Gebührenordnung für Psychotherapeuten (GOP) von 2000 erkennbar, die lediglich die Anwendung der Gebührenordnung für Ärzte auf PP/KJP ausweitet.

Eine niedrigere Eingruppierung von Psychotherapeuten würde nicht nur eine gravierende tarifliche Ungerechtigkeit

bedeuten, sondern auch die Entwicklung des Fachgebiets in öffentlichen Gesundheitseinrichtungen, in privaten Kliniken, in Lehre und Forschung gefährden. Qualifizierte und gut befähigte Psychotherapeuten fänden in Institutionen keine attraktive Zukunft, in Krankenhäusern würden hauptsächlich Berufsanfänger oder Kolleg(inn)en ohne Psychotherapieausbildung unser Fach vertreten.

Mehrere Kollegen, die bei privaten Arbeitgebern beschäftigt sind, berichteten, daß auch dort nicht die Psychotherapeutenausbildung oder Approbation als geldwertes Qualifikationsmerkmal anerkannt wird. Statt dessen sollten Psychotherapeuten ihre „Berufserfahrung“ nachweisen - die Zeit der Therapieausbildung (praktische Tätigkeit in Kliniken, Patientenbehandlung unter Supervision) wurde aber ausdrücklich ausgeschlossen!

Im Interesse des gesamten Berufsstandes werden die Kammern weiter dafür sorgen müssen, daß Psychotherapeuten als wissenschaftlich hochqualifizierte, kompetente und eigenverantwortlich tätige Angehörige eines akademischen Heilberufs wahrgenommen und letztlich auch entlohnt werden. Kürzlich wurde die OPK von Mitgliedern aus dem Uni-Klinikum Dresden gebeten, sie in ihren Verhandlungen um einen Haustarif zu unterstützen. Wir wandten uns mit einem Schreiben an den Vorstand – in der Hoffnung, daß unsere Argumente Gehör finden.

Gregor Peikert

Die Beitragsordnung der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer ist rechtmäßig

Mehrere Verwaltungsgerichte haben zwischenzeitlich unanhängig voneinander die Rechtmäßigkeit der Beitragsordnung der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer überprüft und sind dabei übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, dass diese nicht zu beanstanden ist. Die Gerichtsurteile betreffen sowohl die Beitragsbescheide des Jahres 2006 als auch die Beitragsbescheide des Jahres 2007.

Vor dem Hintergrund dieser Rechtsprechung haben bereits einige Kläger ihre bei Gericht anhängigen Klagen zurückgenommen. Es ist davon auszugehen, dass nunmehr auch die noch weiterhin bei verschiedenen Verwaltungsgerichten anhängigen Klagen entweder durch Klagerücknahme oder durch kurzfristig ergehende Urteile beendet werden können.

Immen, Rechtsanwältin

Impressum:

OPK-Aktuell, Mitteilungen der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer

Herausgeber: Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Karl-Rothe-Str. 4, 04105 Leipzig

Redaktion: Brigitte Düring (v.i.S.d.P.) (verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Druck: Druckerei Böhlau, Leipzig

Für Mitglieder der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer ist der Bezugspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.